

# Die Transformation

## Teil II des Memorandums zur Transformation der deutschen Energieversorgung

---

HERMANN SCHEER

**In Teil I des Memorandums unter der Überschrift „Die Entscheidung“ (Solarzeitalter 1/2006) wurden die seit den 70er Jahren laufend wechselnden Schwerpunkte der Energiediskussion beobachtet, die jeweils nur punktuelle und dadurch verkürzte Antworten hervorbrachten: In den 70er Jahren galt die Aufmerksamkeit der gefährdeten Ölversorgung, die in widersinniger Weise in den meisten Ländern einen Investitionsschub für die Atomenergie auslösten, allerdings auch erste Anfänge zur Energieeinsparung und Forschungs- und Entwicklungsprogramme für Erneuerbare Energien. In den 80er Jahren stand die breite Kritik an der Atomenergie im Vordergrund, in den 90er Jahren die aufkommende Klimadiskussion und die über die Liberalisierung der Stromversorgung. Ab Mitte der 90er Jahre war es die wachsende Aufmerksamkeit für Erneuerbare Energien, die vor allem in Deutschland entfacht wurde und dann auf andere Länder auszustrahlen begann. Und nunmehr die Diskussion über die Versorgungssicherheit aufgrund der allmählich dämmernden Gefahren existenzieller Abhängigkeit von den Quellen in instabilen Ländern, der sich anbahnenden Erschöpfung konventioneller fossiler Energiereserven und entsprechenden Preisanstiegen.**

**O**bwohl jeweils alle Punkte in immer offenkundiger werdender Weise eine massive Umorientierung auf Erneuerbare Energien nahe legen, hat jedoch – und vielleicht gerade deshalb – seit 2004 eine mediale Aufrüstung des konventionellen Energiesystems einge-

setzt, die weltweit von dessen organisierten Interessen betrieben wird. Im Statement des G8-Gipfels Mittel Juli 2006 in St. Petersburg über globale Energiesicherheit schlägt sich das deutlich nieder.

Auch in Deutschland spitzt sich realiter der Konflikt über Erneuerbare Energien zu, der indirekt auch das Ergebnis eines auch in den sieben Jahren rot-grüner Koalition nicht ausgetragenen Zielkonflikts ist. Gestärkt wurden in dieser Zeit die beiden einander konträren Entwicklungen: der Sektor der Erneuerbaren Energien, der einen im weltweiten Vergleich bisher einmaligen Aufschwung nahm, aber ebenso der der Energiekonzerne, deren Konzentrationsprozess nicht nur zugesehen, sondern der sogar begünstigt und gefördert wurde. Damit sind Kollisionen vorprogrammiert, die die Transformation der Energieversorgung zu Erneuerbaren Energien erschweren.

Wegen dieses unausgetragenen Zielkonflikts auch der Energiepolitik der rot-grünen Koalition verspricht die deutsche „Erfolgsgeschichte“ bei Erneuerbaren Energien noch keineswegs einen unaufhaltsamen Durchmarsch. Von einem Konsens über Erneuerbare Energien kann keine Rede sein, weshalb auch von den „Energiegipfeln“ der Großen Koalition wenig zu erwarten ist. Die Transformation zu Erneuerbaren Energien ist, wenn sie nicht auf die lange Bank geschoben werden soll, ohne Strukturbrüche in der konventionellen Energiewirtschaft nicht zu vermeiden. Deren Strategie ist unverkennbar, über eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und über den Bau neuer fossiler Großkraftwerke ihr Anbietermonopol aufrecht-

zuerhalten und auf diesem Wege das herkömmliche Energiesystem für weitere Jahrzehnte zu zementieren. Voraussetzung dafür wäre, das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) direkt oder indirekt zu Fall zu bringen und durch ein zahnloses Gesetz zu ersetzen.

Dazu gehört auch der Versuch, die Förderung Erneuerbarer Energien zu quotieren, also zahlenmäßig zu begrenzen und auf diesem Wege die Kontrolle über Art und Ausmaß der Investitionen in Erneuerbare Energien wiederzuerlangen. Wie schnell das gehen kann, zeigte gerade der Konflikt über die Biokraftstoffe (siehe Solarzeitalter 2/2006). Bundesfinanzminister Steinbrücks Ansatz, die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe - und damit die Entfaltung eines von den Mineralölkonzernen unabhängigen Anbietersektors - durch eine bloße Beimischungspflicht zu ersetzen, ist zwar überwiegend sowohl in der SPD- wie in der CDU/CSU-Fraktion auf Ablehnung gestoßen, wurde aber dennoch zumindest für Biodiesel und Pflanzenöle weitgehend durchgezogen - durch ständiges Aufschieben einer offenen Willensbildung in den Regierungsfractionen, bis es dafür zu spät war. Das ist ein Vorgeschmack darauf, was sich bei einer Novelle des EEG ereignen könnte.

Nach wie vor ist im wirtschaftspolitischen Denken die Auffassung verankert, dass nur mit den großen Energiekonzernen die Energieversorgung ermöglicht werden könne. Das Entstehen von international operierenden energiewirtschaftlichen „Champions“ war sogar erklärte Politik des Wirtschaftsministers Clement (2002-2005) und war einer der vorgetragenen Beweggründe von Finanzminister Steinbrück für die von ihm betriebene Auslieferung des Biokraftstoffsektors an die Mineralölwirtschaft. Von Befürwortern seines Kurses im Bundestag fiel im Zusammenhang mit mittelständischen Unternehmen in diesem Bereich das Wort von den „Klitschen“.

Soweit es um Atomenergie und fossile Energien geht, ist aufgrund der Abhängigkeit von wenigen

Großquellen und der Kapazitätsgrößen im Anlagenbau die Tendenz zu transnationalen Versorgungsunternehmen weiter programmiert. Aber abwegig ist die Übertragung dieser Erfahrung auf das Betreiben von Anlagen Erneuerbarer Energien. Die strukturelle Differenz zwischen der Nutzung atomarer und fossiler Energien und Erneuerbaren Energien ist jedoch vielfach nicht bewusst. Solange die Energiekonzerne für jedwede Art der Energieversorgung als unverzichtbar gelten, wird ihren Repräsentanten ein allgemeines „Kompetenzmonopol“ in Energiefragen zugestanden, als würden sie keine einseitigen Interessen und Auffassungen vertreten. Diese psychologische Kompetenzzuweisung hält sich hartnäckig, trotz der zahlreichen öffentlich bekannten Beispiele dreister Preisgestaltung, systematischer Verhinderung von Alternativen und der willkürlichen Verursachung von Umweltzerstörungen. Sie ist in politischen Konflikten wirkungsvoller als die faktische Marktmacht und Kapitalkraft.

Da letztere größer geworden ist, gestützt auf Gewinne in Rekordhöhen und entsprechend angefüllten Kriegskassen, ist der Handlungsspielraum der Energiekonzerne für eine „roll-back“- und Aufschubstrategie gegen Erneuerbare Energien größer geworden. Die Praktiken sind dabei raffinierter geworden, was sich an den Public Relations-Methoden zeigt, mit denen sich die Energiekonzerne schon gebärden, als seien sie selbst mittlerweile zur treibenden Kraft des Klima- und Umweltschutzes geworden - um gleichzeitig die behauptete absolute Unverzichtbarkeit atomarer und fossiler Energien umso glaubwürdiger erscheinen zu lassen und ihre diesbezüglichen Aktivitäten zu legitimieren. Dabei werden die rational unbezweifelbaren elementaren Vorzüge der Erneuerbaren Energien vernebelt. Nichts zeigt das deutlicher als der erste Satz der Abschlusserklärung der Weltenergiekonferenz von 2004 - dem Familientreffen der Energiekonzerne - in Sydney, auf der auch Medienberater strategische Hauptreden hielten: „Kein Energieträger darf ausgeschlossen, keiner darf idolisiert und keiner dämonisiert werden.“ Die elementaren Vorzüge Erneuerbarer Energien und die elementa-

## ■ DIE TRANSFORMATION

ren Gefahren atomarer und fossiler Energien werden damit in einem Atemzug heruntergespielt.

Vor diesem Hintergrund kommt es entscheidend darauf an,

- dem gepflegten Vorurteil der Unverzichtbarkeit konventioneller Energien entschieden zu widersprechen, also den Thesen entgegenzutreten, dass allein Erneuerbare Energien den tatsächlichen Energiebedarf nicht - oder nur sehr langfristig - decken könnten. Mit halbherziger Politik für Erneuerbare Energien kann die Transformation der Energieversorgung nicht gelingen.
  - den eindeutig höheren ethischen Wert Erneuerbarer Energien wieder in den Vordergrund der Energiediskussion zu rücken. Nur so kann den Relativierungsversuchen entgegengewirkt werden. Die Reduzierung der Bewertungskriterien auf wirtschaftliche Kostenfragen ist eine psychologische Falle und Ausdruck eines grundlegenden Werteverfalls - als seien die weitere Verursachung etwa der Klimakatastrophe oder zehntausendjähriger Atommüll legitim, solange sich fossile und atomare Energien besser „rechnen“.
- Die Energiediskussion muss also wieder verstärkt mit ethischen Beweggründen geführt werden. Nur so konnte eine Anti-Atomkraftbewegung und eine Pro-Solar-Bewegung in der Gesellschaft entstehen - und eben nicht durch die Selbstbeschränkung auf vordergründige und stets nur verkürzte Wirtschaftlichkeitsfragen.
- politische Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln, die Entfaltungsräume für die Unternehmen auf dem Gebiet der Erneuerbare Energie-Techniken und Betreiber-Investitionen ermöglichen, unabhängig von der konventionellen Energiewirtschaft. Unter dem Schirm des überkommenen Paradigmas der Energieversorgung kann kein neues gedeihen. Das bedeutet, dass die Politik für den Energiewechsel nicht nur Energiepolitik sein darf - und dass es keineswegs nur um energiewirtschaftliche Dimensionen geht, sondern um eine neue gesamtwirtschaftliche und -politische Dimen-

sion, mit der der Energiewechsel begründet werden muss. Solange sich die Verfechter des Energiewechsels in die Rolle des bloßen Energieexperten pferchen lassen, verfangen sie sich in den Eindimensionalitäten isolierter energiewirtschaftlicher Betrachtungen.

Deshalb ist auch die immer wieder gehörte Forderung, alle Energiezuständigkeiten in der Bundesregierung in einem Ressort zu bündeln, zu kurz gedacht. Da die Umorientierung auf Erneuerbare Energien sowohl außen- wie kommunalpolitisch, sicherheits- wie umweltpolitisch, wirtschafts- wie verkehrspolitisch, finanz- wie baupolitisch, bau- wie bildungspolitisch begründbar ist und begründet werden muss, kommen Forderungen nach dem einen energiepolitischen Ressort der Forderung gleich, das Amt eines Energiekanzlers mit alleiniger Richtlinienkompetenz in allen Energiefragen - d.h. in nahezu allen Fragen - einzuführen.

## Die Überwindung der Halbherzigkeiten

Bisherige Engen sind nur überwindbar, wenn man die bisherigen Halbherzigkeiten hinter sich lässt, die auch in der rot-grünen Koalition anzutreffen waren. Diese beziehen sich nicht nur auf die bereits beschriebene widersprüchliche Doppelstrategie gleichzeitiger Förderung Erneuerbarer Energien und des Konzentrationsprozesses der Energiekonzerne. Es galt auch in anderer Hinsicht: Halbherzig waren vor allem die Beiträge zur Veränderung des internationalen Rahmens. Die Rolle von EURATOM in der EU wurde gelegentlich von Mitgliedern der Bundesregierung moniert, aber in Brüssel nie ernsthaft angetastet. Die aktive Rolle der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) für die globale Verbreitung der Atomtechnik wurde nie in Frage gestellt, obwohl Deutschland zu den fünf größten Beitragszahlern gehört. Nicht infrage gestellt wurde die Rolle der Internationalen Energie-Agentur (IEA), deren Empfehlungen sogar das Kyoto-Protokoll konterkarieren. Die Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuer-

erbare Energien (IRENA), die laut Koalitionsvertrag von 2002 und Bundestagsbeschluss von 2003 ergriffen werden sollte, wurde nicht nur nicht umgesetzt, sondern sogar um Umweltministerium aktiv hintertrieben - so dass man sich nicht darüber wundern muss, wenn EURATOM, IAEO und IEA im internationalen Institutionensystem eine Oligopolstellung haben.

Innenpolitisch fand die rot-grüne Bundesregierung nicht die Kraft, bei den von ihr finanzierten Großforschungszentren einen Schwerpunktwechsel in der Energieforschung herbeizuführen. Im Bereich der industriellen Mobilisierung von Antriebstechniken für Fahrzeuge, die mit Erneuerbaren Energien (Biotreibstoffe oder Strom) betrieben werden, gab es keine politischen Anstöße, von der inzwischen infrage gestellten und verwässerten Steuerbefreiung für Biotreibstoffe abgesehen. Ordnungspolitische Energieeffizienzinitiativen wurden - außer der Energiesparverordnung, dem CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm der KfW und einem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das von den Stromkonzernen durch Senkung der Marktvergütung unterlaufen wurde - kaum ergriffen.

Natürlich konnte nicht alles auf einmal gemacht werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat machten es nicht möglich, couragierte Gesetze durchzusetzen, die zustimmungspflichtig sind. Aber dies ist nur ein Teil der Erklärung. Der andere Teil ist die wankelmütige Haltung zwischen den gegensätzlichen Energieoptionen. Und der dritte Teil ist eine Angst vor der eigenen Courage, voll zu den Konsequenzen von zwei deklarierten Hauptzielen zu stehen: Atomausstieg und Klimaschutz.

Angesichts der Klimadebatte musste klar sein, dass der bis 2021 gesetzlich angestrebte Ausstieg aus der Atomenergie - die etwa 30 % der deutschen Stromversorgung stellt - keinesfalls zum zusätzlichen Einsatz fossiler Energien führen darf, sondern sogar parallel dazu auch eine deutliche Reduktion fossiler Stromerzeugung anstehen musste. Daraus ergibt sich schon rein rechnerisch, dass das Ziel des EEG, bis 2020 einen Anteil von „min-

destens 20%“ Erneuerbarer Energien zu erreichen, zu knapp bemessen ist - und das erst recht, ohne einen massiven Schub für den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Das bedeutet: ohne weitergesteckte Zieldimension, die auf die volle und beschleunigte Substitution atomarer und fossiler Energien zielt, ist eine Überwindung der aufgezeigten Widersprüche nicht möglich.

Solange bis 2020 immer noch 80 % oder bis 2050 immer noch 50 % konventioneller Energieversorgungsanteil als unbestritten notwendig gilt, gelten auch diesbezügliche Neuinvestitionen als legitim und können nicht widerspruchsfrei in Frage gestellt werden. Das Ziel des „Solarzeitalters“ zu plakativieren, bedeutet also, jedwede Investitionsabsicht für atomare und fossile Energien mit der Gretchenfrage zu konfrontieren, warum stattdessen nicht in Erneuerbare Energien und in andere Vermeidungsstrategien durch Energieeinsparung und Effizienzsteigerung investiert wird. Erst dann kann dem Zielwert des Vorrangs Erneuerbarer Energien konsequent genügt werden. Und es bedeutet, das politische Augenmerk auf die Außerkräftsetzung der größten Barriere zu richten, die es gegen Erneuerbare Energien gibt: Die Strukturmacht der konventionellen Energiewirtschaft, die politisch gebrochen werden muss.

Daraus ergeben sich folgende politischen Handlungsschwerpunkte:

1. Der wichtigste besteht im öffentlichen Ausräumen des hochgehaltenen Vorurteils, dass Erneuerbare Energien keinen vollwertigen Ersatz für die konventionellen Energien leisten können. Dies bedeutet: Die Befürworter Erneuerbarer Energien müssen ihre „intellektuellen Batterien“ aufladen, um diese Auseinandersetzung führen zu können. Sie muss auch im Wissenschaftsspektrum stattfinden, in dem die „herrschende Meinung“ nach wie vor ist, dass eine volle Substitution nicht möglich sei.
2. Die Beweislast, dass Verfechter Erneuerbarer Energien deren Praxistauglichkeit belegen müssen,

## ■ DIE TRANSFORMATION

muss umgekehrt werden: In eine Beweislast jedes Investors für Energiebereitstellungen, dass diese nicht leistungsgerecht mit Erneuerbaren Energien realisiert werden kann. Dies ergibt sich aus einer plausiblen Werteentscheidung, die über das dominierende und meist isolierte energie-ökonomische Kostenvergleichskriterium hinausgeht. Der gesellschaftsethische Wert Erneuerbarer Energien muss wieder in den Vordergrund gerückt werden. Die Entscheidung für Erneuerbare Energien ist eine ethische, und Grundwerte können nicht dadurch außer Kraft gesetzt werden, dass sie sich nicht rechnen.

3. Die Politik muss sich auf massive Beschleunigung in der Mobilisierung Erneuerbarer Energien einstellen. Nahezu alle energiewissenschaftlichen Szenarien gehen von einem relativ linearen Verlauf der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus und variieren lediglich unterschiedlich ambitionierte politische Ambitionen. Aber die linearen Entwicklungen wird es nicht geben, weil die ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Folgen des konventionellen Energieeinsatzes zahllose Brüche gewärtigen lassen. Es ist weder verantwort-

lich noch möglich, zu warten, bis die verschiedenen energetisch bedingten Katastrophen und Debakel einschlagen.

4. Die Politik muss sich darauf einstellen, dass die Phase der Liberalisierung der internationalen Energiemärkte ausläuft, weil die Entscheidungskategorie der Energiesicherheit in den Vordergrund rückt. Keine Regierung wird sich dieser länger verschließen können. Diese ist nur noch durch die Umorientierung auf Erneuerbare Energien zu gewährleisten. Daraus muss sich eine Rangfolge in der Substitution von Energieträgern durch Erneuerbare Energien ergeben. An erster Stelle steht deshalb die Substitution von Importenergien durch Erneuerbare Energien.

5. Die Entflechtung der Energiewirtschaft ist überfällig. Der Kernpunkt dafür ist, alle „natürlichen Monopole“, also die Leitungsnetze der Energieversorgung, in öffentliche Hände zurückzunehmen. Strom-, Gas- und Fernwärmenetze müssen von öffentlichen Netzgesellschaften betrieben werden, die demokratischer Kontrolle unterliegen.